

Bundesarchiv

Reichskanzlei

fol. 1 —

R 43 I / 26 68

Reichskanzlei

1

1668
Begeleitet

Akten

betreffend

Kommunistische Partei,
Spartakus, Bolschewismus.

ALTE
REICHSKANZLEI

L1584 L482099 - L482313

Parteien 8

Band 4

Nov 22. März 1921.

bis 31. Dezember 1922

vergl. Band 5

Bolschewismus.

D e n k s c h r i f t

über die Entwicklung der Kommunistischen Partei und die Vorgänge, zu den Unruhen im März 1921. *verpflichtet haben.*

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (V.K.P.D.), die in erster Linie den gewaltsamen Umsturz der Verfassung zum Ziel hat, ist anlässlich des Parteitags der Unabhängigen in Halle im Herbst 1920 gegründet worden. Damals trennte sich der linke Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (U.S.P.D.) von deren rechten Flügel und vereinigte sich mit der bisherigen Kommunistischen Partei zur V.K.P.D. Die V.K.P.D ist der kommunistischen Internationale angeschlossen und erkennt deren Leitsätze und Statuten, wie sie im Juli/August 1920 in Moskau auf dem 2. Kongress der Kommunistischen Internationale beschlossen worden sind, an.

Danach verfolgt sie folgendes Ziel:

»Mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand, für den Sturz der internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer internationalen Sowjet-Republik als Uebergangsstufe zur vollen Vernichtung des Staates zu kämpfen. Die kommunistische Internationale hält die Diktatur des Proletariats für das einzige Mittel, das die Möglichkeit gibt, die Menschheit von den Greueln des Kapitalismus zu befreien. Die kommunistische Internationale unterstützt voll und ganz die Eroberungen der grossen proletarischen Revolution in Russland, der ersten siegreichen sozialistischen Revolution in der Weltgeschichte, und ruft die Proletarier der ganzen

L482115

Welt

62.3257/21

Welt auf, denselben Weg zu gehen. Die kommunistische Internationale verpflichtet sich, jede Sowjet-Republik zu unterstützen, wo immer sie auch geschaffen wird. »

Aus den Leitsätzen ¹⁾ über die Rollen der Kommunistische Partei in der proletarischen Revolution, aus denen ein Auszug beigefügt wird, ist folgendes anzuführen:

» Das Weltproletariat steht nach der Ansicht der Moskauer Internationale jetzt vor entscheidendem Kampfe. Die Epoche, die augenblicklich durchlebt wird, ist die Epoche der direkten Bürgerkriege. In allen Ländern, wo es eine bedeutende Arbeiterbewegung gibt, steht die Arbeiterklasse vor einer Reihe erbitterter Kämpfe mit der Waffe in der Hand. Mehr als je braucht die Arbeiterklasse straffe Organisationen. Unermüdlich muss sich jetzt die Arbeiterklasse für die Kämpfe vorbereiten, um keine einzige Stunde der kostbaren Zeit zu versäumen. »

Dass die Deutsche Kommunistische Partei sich voll und ganz auf diesen Standpunkt der dritten Internationale gestellt hat, geht aus der Resolution Däumig-Stöcker ²⁾ auf dem Hallenser Parteitag hervor. Es kann danach keinem Zweifel unterliegen, dass die V.K.P.D. sich den gewaltsamen Umsturz als Ziel gesetzt hat. Dementsprechend hat sie sich auch eine illegale Kampforganisation geschaffen. Gerade die Festnahmen und Waffenfunde, z.B. im Ruhrgebiet, im Anfang dieses Jahres haben gezeigt, dass die Kampforganisationen der V.K.P.D. in Deutschland schon recht weit verbreitet sind. Insbesondere ist seit dem 1. Januar 1921 an der Aufstellung kampfkraftiger
roter

1) Programm und Leitsätze sind abgedruckt in dem im Verlag der kommunistischen Internationale in Hamburg 1920 erschienenen Heft: » Leitsätze und Statuten der kommunistischen Internationale. »

2) Diese Resolution ist abgedruckt in dem im Verlag der » Freiheit » in Berlin herausgegebenen » Protokoll über den Parteitag in Halle ». »

L482116

roter Truppen mit grossem Nachdruck gearbeitet worden. Es ist bei den Gerichtsverhandlungen festgestellt worden, dass die V.K.P.D. als politische Partei die Aufstellung der Roten Armee unmittelbar unterstützt hat. So hat sie z.B. bestimmte Genossen für die Verwendung bei den Stäben bezeichnet.

Auch über die Organisation der V.K.P.D. in Hamburg sind bei einem Delegierten interessante Richtlinien für die Gründung einer Räteschule gefunden worden, die einen Einblick in dem Aufbau der Kampforganisationen gewähren, denn diese Räteschule ist nur der Deckname für die Herstellung der Kampforganisationen.

Die Presse der V.K.P.D., so z.B. die "Neue Zeitung", das Organ der Münchener Kommunisten, spricht es in seiner Nr. 651 vom 15. Februar 1921 auch offen aus, dass nur auf dem Wege der direkten Aktion das Ziel, nämlich die Errichtung der Diktatur des Proletariats, erreicht werden kann. In Sachsen hat der Kommunist Henke vor einiger Zeit in einer Mitgliederversammlung der V.K.P.D. in Leipzig erklärt :

" Die Schaffung einer gut ausgerüsteten Roten Armee sei notwendig. Eine der wichtigsten Aufgaben sei, die Führer der Gegner bei Beginn der Unruhen unschädlich zu machen; denn der Bürgerkrieg in Deutschland sei unvermeidlich. Die russische Rote Armee stehe zur Unterstützung der deutschen schlagbereit. " Er schloss seine Ausführungen mit den Worten :
" Es lebe der Terror, es lebe der Bürgerkrieg ! "

Am rücksichtslosesten hat auf dem Hallenser Parteitag der Delegierte Sinowjew den Terror gepredigt. Er hat dort ausgeführt :

" Wir schätzen das menschliche Leben nicht mehr so sehr. Die proletarische Revolution kommt mit Strömen von Blut nach schrecklichen Geburtswehen. Die Menschheit ist verroht. Es

fragt

L482117

fragt sich, mit welchen Mitteln wir die Revolution unserer Klasse, die Revolution für die Menschheit, vollziehen, mit welchen Mitteln wir unser Leben verteidigen usw.»

».....Wir waren früher unterdrückt und friedlich duseelig. Jetzt sind wir zu einem anderen Schluss gelangt, nämlich, dass wir den Terror nicht verwerfen können, sondern ihn umgekehrt anwenden müssen, dass wir einsehen müssen, dass der Terror eine Waffe der Arbeiterklasse ist, und wenn man diese Waffe braucht, sind wir dafür. »

Als Belege für die Aufpeitschung der Massen zum Klassenkampf und rücksichtsloser Anwendung des Terrors in der Folgezeit könnte fast jede Nummer der »Roten Fahne« und des »Gothaer Volksblattes« angezogen werden. So enthält die »Rote Fahne« z.B. in ihrer Nr. 78 vom 16. Februar 1921 einen Aufruf zur Preussenwahl am 20. Februar, in welchem als Parole der V.K.P.D. »der Kampf für die Diktatur des Proletariats« ausgegeben worden ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Wähler der V.K.P.D. diesen Kampf auch tatsächlich wollen.

Bei der Preussenwahl hat die V.K.P.D. bei weitem nicht den Erfolg gehabt, den sie erhofft hatte. Trotzdem ist es ihr gelungen, von 16 Millionen abgegebenen Stimmen fast $1 \frac{1}{2}$ Million auf ihre Partei zu vereinigen und mit 30 Abgeordneten in das Parlament einzuziehen. Trotz ihrer zahlenmässigen Minderheit hat sich die V.K.P.D. durch die Wahl nicht entmutigen lassen, wie folgender Artikel der »Roten Fahne« zeigt.

»Der Aufmarsch in der parlamentarischen Arena ist erst ein sehr mangelhafter Anhaltspunkt für den Aufmarsch unter dem Stosse der wirklichen Aktion, der die Geister ganz anders zeigt und die Klassengruppierungen ganz anders umwälzt, als dies der blosse Wahlkampf tun könnte.»

Sie fährt in dem Artikel später fort, dass die Ansicht der Mehrheitssozialisten, dass infolge der geringen Anhängerszahl der V.K.P.D. das Schreckgespenst der bolschewistischen

Revolution

L482118

Revolution nunmehr gebannt sei, nicht zutreffe. Man müsse vielmehr aus der Tatsache, dass noch breite Proletariermassen vor der Notwendigkeit der bolschewistischen Revolution die Augen verschlössen, den Schluss ziehen, dass der Augenblick, wo die Auseinandersetzung sich anspinne, dadurch umso näher gerückt werde, dass der wirtschaftliche Zerfall und damit die Verelendung der arbeitenden Massen ohne ernstesten Widerstand fortschreiten. Sie schliesst den Artikel mit den Worten :

„ Wir fassen diese Tatsache fest und kühl ins Auge. Wir rüsten uns im Feuer der Aktion, die Massen für den Kommunismus zu gewinnen.“

Was die V.K.P.D. unter „ dem Feuer der Aktion “ versteht, kann für niemanden, der die Verhandlungen auf dem Hallenser Parteitag und die Presse der V.K.P.D. verfolgt hat, zweifelhaft sein. Es bedeutet dies nichts anderes, als im offenen bewaffneten Kampfe gegen die Staatsgewalt.

Aus dem Wahlergebnis der Preussenwahl ergibt sich, dass verschiedene Zentren der kommunistischen Bewegung in Deutschland bestehen und zwar

1. Berlin, wo die Kommunisten im Vergleich zu den Reichstagswahlen einen Zuwachs von 100 000 Stimmen zu verzeichnen haben,
2. Mittelddeutschland (Provinz Sachsen) mit den Hauptzentren Halle (33000 Stimmen), Erfurt (10 000 Stimmen) und Bitterfeld (18 000 Stimmen),
3. Der rheinisch-westfälische Industriebezirk mit den Zentren Hamborn (11 000 Stimmen), Dortmund (18 000 Stimmen), Essen (33 000 Stimmen), Remscheid (13 000 Stimmen) und Köln (17 000 Stimmen).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die V.K.P.D. mit ihrer Stimmenzahl in Halle, Hamborn und Remscheid in erster Stelle, in Essen an zweiter Stelle steht, so dass die bürgerlichen Bewohner dieser Gegenden sehr stark unter der Furcht

vor

L482119

vor dem kommunistischen Terror stehen, zumal sie den Terror der Pöbelherrschaft bereits einmal durchgemacht haben.

Zwei weitere Zentren sind Frankfurt/Main (mit 9700 Stimmen) und die Provinz Ostpreussen, wo die Nähe Sowjet-Russlands und die 22 000 bei der Reichstagswahl in Königsberg abgegebenen kommunistischen Stimmen sehr schwer wiegen.

Das Pariser Diktat hat den Kommunisten nun Anlass gegeben, ihre Partei als diejenige zu empfehlen, die als einzige imstande ist, " das deutsche Volk vor dem Entente-Kapitalismus zu retten ".

Die " Rote Fahne " schreibt in ihrer Nr. 71 :

" Sowjet-Russlands Stütze ist die revolutionäre Bindung der deutschen Bourgeoisie durch die deutschen Arbeiter, ist die Klassenaktion des englischen Proletariats, ist der sich verschärfende Klassenkampf in allen Ländern. Kommunistische Weltpolitik treiben, heisst, diese revolutionären Bewegungen aller Länder in einen klaren Strom hineinlenken, kommunistische Parteien in diesen Ländern schaffen, die aus eigener Kraft und eigenem Willen, weil sie in den Massen der Arbeiterschaft unerschütterlich verankert sind, den Sturz des Bürgerturns geistig und organisatorisch vorbereiten.

Die kommunistische Partei forderte die revolutionäre Lösung der Weltkrise, sie forderte das Revolutionstribunal. Zeigt die Weltbourgeoisie ihre geschichtliche Unfähigkeit, dann stürzt die Bourgeoisie.

Gewiss wird die deutsche Sozialrevolution im Verlauf ihrer geschichtlichen Entwicklung auf bewaffneten Widerstand der Entente stossen, gewiss wird es notwendig sein, die Kräfte der breitesten Volksmassen auszunützen, um jeden Versuch der Entente, die deutsche Revolution zu ersticken, unmöglich zu machen. Aber auch dann wird der tiefe geschichtliche Sinn eines nationalen Befreiungskrieges sein, auch dann werden diese Kämpfe getragen sein von der Notwendigkeit, die gesamte internationale

L482120

internationale Herrschaft des Weltimperialismus zu zerbrechen.

Einstweilen hat das deutsche Proletariat erst seine Aufgabe in Deutschland zu lösen, erst hat das deutsche Proletariat den Widerstand seiner Gegner zu brechen, erst sollen die Fabriken und Betriebe wirklich das Eigentum der deutschen Proletarier geworden sein, dann werden wir sehen, wie dieser Befreiungskampf der deutschen Arbeiter auf England, Frankreich, auf das Proletariat der Westländer wirkt."

Aus dieser letzteren Bemerkung gehen die internationalen Beziehungen der kommunistischen Partei deutlich hervor. Es muss immer wieder betont werden, dass die deutschen Kommunisten, sowohl die frühere kommunistische Partei wie die jetzige V.K.P.D. in engster Fühlung mit Sowjet -Russland stehen, dessen Anordnungen zu folgen sie durch ihre Aufnahme in die dritte Internationale verpflichtet sind.

Dass die russische Leitung eine baldige Aktion in Deutschland wünschte und mit ihr rechnete, ging aus einem Artikel der Moskauer "Prawda" unter der Ueberschrift "Die neue Krise in Deutschland" hervor. Dort wird ausgeführt :

" Wenn die kommunistische Partei Deutschlands genug Kraft aufbringe, um sich an die Spitze der Arbeitslosen zu stellen, und den besten Teil der Gewerkschaften auf ihre Seite bringe, so werde das Proletariat Deutschlands diesmal in der Lage sein, zu siegen und könne dadurch die gesamte europäische Konstellation auf den Kopf stellen. "

Die russischen Bolschewisten haben, um die V.K.P.D. bei ihren Umsturzbestrebungen zu unterstützen, sowohl für die kommunistische Presse wie für die sonstige Propaganda in Deutschland erheblich Geldmittel aufgebracht. Dafür verlangten sie andererseits, dass die V.K.P.D. sich ihren Anordnungen unterwerfe.

L482121

unterwerfe.

Um ihre Ziele besser zu erreichen, hat die V.K.P.D. bereits seit längerer Zeit versucht, in den Gewerkschaften Einfluss zu gewinnen, um so den kommunistischen Einfluss in der Arbeiterschaft zu stärken und allmählich die Gewerkschaften unter diesen Einfluss zu bringen. Bezeichnend für die Absichten der V.K.P.D. ist auch ein Artikel aus der bolschewistischen Presse (Moskauer Jstwestija Nr. 20 vom 30. Januar 1921). Dort wird offen zugegeben, dass die Kommunisten die Absicht haben, die in Deutschland in Szene gesetzten Streikbewegungen in einen politischen Kampf zur Eroberung der Macht zu verwandeln und auf diese Weise zur Aufrichtung ihrer Parteidiktatur zu gelangen, wie dies in Sowjet-Russland bereits der Fall ist. Gerade die neueren Streiks (Leverkusen, mitteldeutsches Braunkohlenrevier) haben deutlich gezeigt, dass die Drahtzieher stets kommunistische Agitatoren waren, die den wirtschaftlichen Streik auf das politische Gebiet überzuleiten suchten.

Neben der Kommunistischen Partei, die zweifellos die zahlenmässig grössere Macht hinter sich hat, wird im Falle einer Aktion voraussichtlich die erheblich radikalere kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands (K.A.P.D.) die Führung übernehmen. Die K.A.P.D. sieht in jedem Führer ein Hemmnis für die Vortreibung der revolutionären Bewegung und will deswegen den Einfluss der Führer brechen und diese möglichst beseitigen. Sie bekämpft die Taktik der V.K.P.D., in den Gewerkschaften zu bleiben und zu versuchen, in ihnen die Führung zu erlangen, und sieht das Allheilmittel darin, durch Austritt aus den Gewerkschaften diese zu schwächen und möglichst ganz zu zertrümmern. Statt der Gewerkschaften will sie örtliche Betriebsorganisationen für die einzelnen Werke einsetzen, die als rein politische Kampforganisation gedacht sind mit dem Ziele, den Aufbau der kommunistischen Herrschaft vorzubereiten

L482122

vorzubereiten und im gegebenen Augenblick die politische und wirtschaftliche Macht zu übernehmen. Weiter gehört zu ihrem Programm naturgenäss die Bewaffnung der politisch-organisierten revolutionären Arbeiterschaft, die Unterstellung der Presse unter die örtlichen politischen Räte, die Zertrümmerung der bürgerlichen Justiz und Ersetzung durch Revolutionsgerichte. Auf wirtschaftlichem Gebiete verlangt die K.A.P.D. die Annullierung aller Schulden, Enteignung aller Banken, Beschlagnahme aller Vermögen und rücksichtslose Durchführung des Arbeitszwanges. Es wird auf den beigefügten Auszug aus der Broschüre: » Programm der kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands »³⁾ Bezug genommen.

Während die V.K.P.D. als Mitglied der III. Internationale in Moskau aufgenommen ist, ist die K.A.P.D. nur als sogenannte sympathisierende Partei durch eine besondere Delegation mit beratender Stimme dort zugelassen worden. Infolge der Zulassung ist sie jedoch verpflichtet, unter anderem die Aufrufe und Beschlüsse der kommunistischen Internationale in ihren Zeitungen erscheinen zu lassen und alle revolutionären Aktionen der V.K.P.D. brüderlich zu unterstützen.

Auch sollte sie sich der letzteren angliedern.

Ueber die Absichten der K.A.P.D. gewährt deren Presse, insbesondere die Kommunistische Arbeiterzeitung, einen treffenden Einblick. So heisst es in der Nr.172 des letztgenannten Blattes :

» Mögen die Ausbeuter aller Länder untergehen, wir werden es zu feiern wissen! Und wenn sich die Bourgeoisie durch den Krieg mit Sowjet-Russland retten will, so wird sich das klassenbewusste deutsche Proletariat, und wenn es sein muss, als Franktireurs, auf die Seite Sowjet-Russlands zu stellen wissen.»

3) Die Broschüre ist erschienen im Verlag der K.A.P.D. in Berlin S W (Gedruckt in der Buchdruckerei Otto Lentz & Co in Berlin SO 36.)

L482123

wissen."

Wenn auch zwischen der V.K.P.D. und der K.A.P.D. erhebliche Meinungsverschiedenheiten, insbesondere in der Frage der Gewerkschaften und der Beteiligung an den Parlamentswahlen, bestehen und dieser Kampf teilweise sehr scharf und gehässig geführt wird, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, dass beide Parteien im Falle einer gewaltsamen Erhebung Schulter an Schulter in den Kampf eintreten werden. Die K.A.P.D. muss, wenn auch ihre Anhängerzahl im Reiche nicht besonders hoch ist, als die revolutionärste und aktionsbereiteste der radikalen Linksparteien angesehen werden. Sie nennt sich selbst den "Vortrupp der revolutionären Arbeiterschaft" und erblickt ihre wichtigste Aufgabe darin, die revolutionäre Situation vorwärts zu treiben, den Endkampf des Proletariats rechtzeitig vorzubereiten und zu organisieren. In richtiger Einschätzung des Kampfwillens der revolutionären Arbeiterschaft hält die K.A.P.D. die Schaffung einer besonderen Kampforganisation, der sogenannten K.O., für erforderlich, um die revolutionären Kämpfer auf organisatorischer Grundlage zu sammeln. Diese Organisationen sind naturgemäss in besonderem Masse dazu geeignet und jederzeit bereit, bei Entfesselung des bewaffneten Aufstandes mit der Waffe in der Hand für den Kommunismus zu kämpfen.

Dass diese Auffassung des Zusammengehens aller kommunistischen Parteien auch nach dem letzten Parteitag der K.A.P.D. vom 15. bis 18. Februar 1921, in Moskau noch herrschend ist, ergibt sich aus der "Kommunistischen Montagszeitung" vom 21. Februar 1921, wo folgendes ausgeführt wird:

"Die K.A.P.D. hat in ihrem Programm festgelegt und auf ihrem Kongress neu bestätigt und schärfer erklärt, dass sie die Parteidiktatur für Deutschland grundsätzlich ablehnt, dass sie alle Kraft konzentriert auf den revolutionären Aufbau der politischen und wirtschaftlichen Räte, die allein die

Diktatur

L482124

Diktatur der Klasse garantieren, und dass sie die geistige und organisatorische Zusammenfassung der klarsten und entschlossensten kommunistischen Kämpfer in einer besonderen politischen Organisation für eine Lebensbedingung der Revolution hält, so lange, bis sie im Werdeprozess der klassenlosen Gesellschaft zusammen mit aller politischen Gewalt von selbst zu Gunsten der Einheitsorganisation verschwindet.

Von dieser Grund^{ein}stellung aus ergab sich, dass der Anschluss der Partei als sympathisierende Organisation an die III. Internationale gebilligt wurde.

Die revolutionäre Bewegung in Deutschland geht immer schneller vorwärts. In immer schnellerer Folge sind Entscheidungen zu treffen, und immer kürzer wird die Zeit, die für einzelne Entschlüsse bleibt.

Nur ein stahlharter, fest zusammengeschweisster politischer Stosstrupp kann der Revolution die Dienste leisten, die zu ihrer Weiterführung nötig sind."

Erwähnung verdient auch noch ein Artikel des «Kampfruf» Nr. 43 vom Februar 1921, in dem es als Aufgabe des Proletariats bezeichnet wird, die vorhandene Krise noch zu verschärfen. Es heisst dort :

» Jede Störung des deutschen Wirtschaftslebens, der deutschen » Ruhe und Ordnung » ist heute eine verdienstliche Tat im Interesse des Gesamtproletariats. Und diese Aktivität können nur die revolutionären Arbeiter selbst entfalten. Sie können dafür nicht warten auf die Parolen irgend einer Partei oder gar Gewerkschaft. Sie können nur selbst die Initiative ergreifen, indem sie die revolutionären, ihrer Aufgaben und ihrer Klassenkampfmöglichkeiten bewussten

Arbeiter

L482125

Arbeiter, sich in den Betrieben und mit den klassenbewussten Arbeitslosen zusammentun und denjenigen unter ihren Genossen, denen sie am meisten rasches entschlossenes Handeln zutrauen, den Auftrag geben, alle Gelegenheiten zum Handeln wahrzunehmen und über allen Wahlrummel und allen unfruchtbaren Gewerkschaftshader hinweg die revolutionären Arbeiter zum Kampf zusammenfassen und zum Kampf zu führen.

Die Initiative des voranschreitenden Stosstrupps ist das einzige, was heute das Proletariat vorwärtsbringen kann; die breiten Massen der Indifferenten werden dann schon folgen, wenn dafür gesorgt wird, dass kämpfende Genossen nicht allein gelassen werden. Die Initiative ist heute, wo niemand mehr die Machtmittel der im Kampf stehenden Klassen genau abmessen kann, das grosse Gewicht, das nur in die Wagschale geworfen zu werden braucht um alles ins Wanken zu bringen und den siegreichen Endkampf des Proletariats einzuleiten."

Für die Umsturzbewegung im Reiche kommen neben der V.K. P.D. und K.A.P.D. auch die Syndikalisten und der Bund der Kommunisten in Frage. In dieser Hinsicht ist folgendes zu bemerken :

L482126

Die

4) J
P
U
F

Die Syndikalisten⁴⁾, die jede revolutionäre Bewegung in Deutschland unterstützen, stellen mit ihren rund 150 000 Mitgliedern eine nicht zu unterschätzende Macht dar. In einer in Berlin abgehaltenen Vorkonferenz vom 16. - 21. Dezember 1920 haben sie erklärt, daß ihr Ziel sei:

- „ 1. Revolutionärer Klassenkampf,
2. Vernichtung der kapitalistischen und staatlichen Ordnung,
3. Errichtung der freien kommunistischen Gesellschaft.“

Dieses Ziel sei nur zu erreichen durch eine direkte revolutionäre Aktion der Arbeitermassen. Sie unterstützt also jede revolutionäre Bewegung.

Auch der „Bund der Kommunisten“ wird jede revolutionäre Bewegung tatkräftig fördern. Er bezeichnet sich selbst als:

„ Propagandavereinigung, die für die Errichtung der kommunistischen Republik Deutschlands und deren Sicherheit nach innen und außen propagiert“. Der Bund tritt ein für den „ Aufbau der roten Armee“. Gerade im gegenwärtigen Augenblick unter dem Druck der äußeren Lage wird diese bisher nicht sehr bedeutende Gruppe als „ National-Bolschewismus“ großen Zulauf erhalten. Im Falle eines Putsches von links werden auch die Mitglieder dieser Partei restlos mitmachen. Über die Stärke des Bundes der Kommunisten ist sehr schwer bestimmte Angaben zu machen; einmal schwanken die Angaben sehr stark, dann aber scheint auch der Bund tatsächlich große Schwankungen in seiner Mitgliederzahl zu haben.

Zu diesen politischen Parteien treten als Hilfskräfte für jede sozialistische Umwälzung stets die Erwerbslosen. Wie die „ Freiheit“ vom 26. Januar 1921 in Nr. 41 der Morgenausgabe schreibt,

„ liegen

4) Ihre Ziele werden dargelegt in dem Heft „Prinzipienerklärung, Programmatische Grundlage und Streikresolution der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)“ Verlag: Geschäftskommission, Fritz Kater, Berlin O 34.

L482127

„ liegen rund 1 Million beschäftigungslos auf dem Pflaster, dazu kommen mehrere Millionen Kurzarbeiter.“ Besonders eifrig agitieren die V.K.P.D. und K.A.P.D. unter den Erwerbslosen, die sie als „ Sturmbock“ bei ihrer gewaltsamen Aktion verwenden wollen.

Diese Erwerbslosen kommen nach allen eingehenden Nachrichten immer mehr ins radikale Fahrwasser, und es ist ohne weiteres klar, daß sie, auch soweit sie nicht organisiert sind, ein äußerst gefährlicher Zuwachs im Falle eines bewaffneten Aufstandes sind.

Unter der Parole „ Faust aufs Auge, Knie auf die Brust“ fordert der politische Arbeiterrat der Erwerbslosen zum rücksichtslosen Kampf gegen die Kapitalisten und zur Übernahme der Diktatur des Proletariats auf. (siehe „ Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ Nr. 169).

Nach allem dem kann kein Zweifel bestehen, daß schon nach ihrem Programm von Seiten der Linksradiكالen, sobald sie glauben die Macht zu haben, ein Versuch gemacht werden mußte, die bestehende Staatsform gewaltsam zu stürzen. Die äußersten Linksparteien wollen und müssen zu einer gewaltsamen Aktion greifen, um die Diktatur des Proletariats zu erreichen. In den Versammlungen der V.K.P.D. ist wiederholt erklärt worden, daß „ man die Massen doch nicht mehr zur Ruhe kommen lassen dürfte. Der Glaube der Arbeiter, daß die Verhältnisse sich stabilisieren, müsse mit allen Mitteln und unbedingt erschüttert werden“. Von Sowjet-Rußland wird es offen ausgesprochen, daß es die Hilfe vom Westen erwarte. Ein genauer Zeitpunkt für die große Aktion ließ sich unmöglich voraussagen. Der Zeitpunkt des Losschlagens wurde von den linksradikalischen Parteien wiederholt geändert. Bewundernswert ist die Beweglichkeit der Leitung der V.K.P.D. im Erkennen und Aufnehmen neuer ihr günstig erscheinender Anlässe für die „ große Aktion“. Während die V.K.P.D. bis Ende 1920 von kleinen Einzelaktionen ab-

rhet.

L482128

riet, und alles auf den einen zukünftigen großen Schlag setzte, will sie es jetzt, unter Änderung ihrer Taktik, bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu Unruhen kommen lassen, um die Massen in Bewegung zu halten, dann aber auch in der Hoffnung, daß sich aus solch einer Einzelaktion gelegentlich doch einmal von selbst die „große Aktion“ entwickle. Im Innern wird der beste Boden für die kommunistische Saat durch die Verarmung des Mittelstandes, der Beamten und Festbesoldeten aller Art, der seitherigen Stützen von Staat und Ordnung geschaffen. Bei dem vor kurzem drohenden Beamtenstreik der am radikalsten gesinnten Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten haben die Linksradikalen ihre Hand im Spiele gehabt und bei diesem schon den Sturz der Staatsordnung zu erreichen versucht. Die polnische Bewegung hat ihnen neuerdings Anlaß zu einer solchen Jnaussichtnahme gegeben, letzten Endes wird aber, sofern sich vorher kein anderer Anlaß zum Losschlagen ergibt, der Anstoß aus einem Feldzug der Bolschewisten gegen Polen gegeben sein, mit dem man in diesem Frühjahr oder im Frühsommer zu rechnen haben wird. Die „Rote Fahne“ erklärt in ihrer Nr. 61 vom 6. Februar in dem Artikel „Der Kampf um die gemeinsame Front“, daß neue reaktionäre Vorstöße, große Aussperrungen, internationale Verwicklungen, über Nacht die Arbeitermassen zur großen Klassenaktion, d. h., zur Fortführung der Revolution durch Gewalt bringen können. Wir müssen also jederzeit damit rechnen, daß die äußerste Linke eine günstige Gelegenheit ausnützt, den „großen Schlag“ zu versuchen. Eine Prophezeihung über den Zeitpunkt des tatsächlichen Ausbruchs ist daher unmöglich, aber auch direkt gefährlich, weil durch solche falschen Prophezeihungen sehr leicht die ganze Gefahr falsch eingeschätzt wird.

Was die Bewaffnung einer zu bildenden Roten Armee anlangt,

L482129

langt.

langt, so darf wohl angenommen werden, daß Waffen in großem Umfange nicht mehr im Besitze der Linksradikalen sind, daß aber die verhältnismäßig geringe Anzahl von Waffen, die die Kommunisten zur Zeit in der Hand haben, für sie kein Hindernis ist, loszuschlagen; in welcher Weise sich die Umstürzler im Falle „der Aktion“ die Waffen beschaffen werden, das haben die im Ruhrrevier bei kommunistischen Führern beschlagnahmten Schriftstücke deutlich gezeigt. Darnach führt die Organisation der Kommunisten sorgsam genaue Listen über alle Waffen der Reichswehr und der Ordnungspolizei, ja, soweit möglich, über jedes Gewehr im Privatbesitz. Aufgabe der Kampforganisation ist es, sich den Besitz dieser Waffen durch überraschenden Überfall zu sichern. Beachtet man diese gerade durch das im Ruhrrevier beschlagnahmte Material erwiesene sorgfältige Vorbereitung der Kommunisten, sich rechtzeitig in den Besitz der Waffen zu setzen, so kann auch der Einwand, die internierten bolschewistischen Russen seien keine Gefahr für Deutschland, weil sie keinerlei Waffen hätten, nicht mehr als durchschlagend erachtet werden. Die „Rote Fahne“ hat in ihrer Nr. 37 vom 23. Januar 1921 es ganz offen ausgesprochen.

„daß die Kommunisten die Räterepublik erkämpfen wollen und daß sie niemals glaubt, mit dem Stimmzettel die bewaffnete Bourgeoisie über den Haufen zu werfen. Die Rote Armee werde sich alsdann die Waffen dort holen, wo sie zur Zeit seien“.

Im vorstehenden ist im wesentlichen die Entwicklung der linksradikalen Bewegung bis Ende Februar 1921 dargestellt worden. Ende Februar kam es in der Leitung der V.K.P.D. zu größeren Unstimmigkeiten, die angeblich durch die Stellungnahme des Parteivorstandes zur kommunistischen

L482130

stischen Frage in Italien heraufbeschworen wurden. Der tiefere Grund für diese Meinungsverschiedenheiten lag aber wohl mehr darin, daß die bisherigen Führer, die immerhin ein gewisses Verständnis für die deutschen Verhältnisse besaßen und eine gewisse Unabhängigkeit von Moskau bewahren wollten, sich dem Moskauer Druck zum Losschlagen nicht gefügig genug zeigten. Die Folge dieser Meinungsverschiedenheit innerhalb der Partei war, daß Ende Februar 1921 die bisherigen Vorstandsmitglieder der V.K.P.D., Dr. Levi und Däumig, und einige andere führende Mitglieder der Partei von ihren Ämtern zurücktraten und an ihre Stelle die äußerst radikal und gewalttätig gesinnten Parteisekretäre Stöcker und Brandler gewählt wurden. Ein äußerer Anlaß, an welchen sich eine größere gewaltsame Agitation anknüpfen ließ, war damals nicht gegeben. Allerdings hatten sich in der damaligen Zeit die Klagen aus dem Mansfeldschen und anderen Teilen der Provinz Sachsen darüber gemehrt, daß Diebstähle in ganz ungewöhnlichem Umfange bei den größeren Industriewerken stattfänden, gegen die ein Einschreiten des aus Werksangestellten zusammengesetzten Überwachungspersonals unmöglich war. Die Mansfelder schieferbautreibenden Gewerkschaften hatten sich damals veranlaßt gesehen, mit Hilfe eines Berliner Instituts eine besondere Überwachung auf ihren Werken einzurichten, um den Diebstählen, die in die Millionen gingen, zu steuern. Schon diese Einrichtung, die durch das verbrecherische Treiben einer geringen Minderheit hervorgerufen war, war von linksradikaler Seite benutzt worden, um größere Unruhen hervorzurufen, und es waren auch Gewalttätigkeiten gegen die Werksverwaltung begangen worden. Wenn es damals nicht zu größeren Unruhen gekommen ist, so lag das daran, daß unter dem Druck der radikalen Elemente und bei dem mangelnden staatlichen Schutze die Gewerkschaft ihre Überwachungsorganisation abbaute.

Bei

L482131

Bei der Anpassungsfähigkeit, welche die Leitung der V.K.P.D. bei der Ausnutzung aller politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten für ihre Bestrebungen stets gezeigt hat, bot alsdann das Scheitern der Londoner Verhandlungen in den ersten Märztagen 1921 einen willkommenen Anlaß zu einem Versuch, eine Agitation in Szene zu setzen. Die „Rote Fahne“ benutzte die durch den Abbruch der Verhandlungen geschaffene Situation, um die Arbeiterschaft zur Bewaffnung aufzufordern und für den Sturz der Bourgeoisie und der Regierung sowie für ein Bündnis mit Sowjet-Rußland Propaganda zu machen. Hierbei suchten sie insbesondere die Erwerbslosen für ihre Ziele zu gewinnen. Als diese Hetze nicht zum Ziele führte, sah sich die Partei nach einem neuen Vorwande um. Dieser bot sich in der Wiederkehr der Tage des Kapp-Putsches Mitte März 1921. Durch die Ausstreuung des Gerüchts von einem neuen Rechtsputsch suchte die „Rote Fahne“, indem sie Einzelheiten über das angeblich geplante Unternehmen veröffentlichte, die Massen in Bewegung zu bringen. Der Versuch scheiterte jedoch an der ablehrenden Haltung der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Die „Rote Fahne“ hatte aber wenigstens erreicht, daß ihre Anhänger dauernd in Bewegung gehalten wurden.

In der gleichen Zeit fanden die zweifellos von linksradikaler Seite verübten Bombenattentate in Falkenstein im Freistaat Sachsen und auf die Siegestsäule in Berlin statt, von denen die ersteren erheblichen Schaden anrichteten. Ob diese Attentate in dem Umsturzplan der V.K.P.D. vorgesehen waren, steht noch nicht mit Sicherheit fest. Jedenfalls bewegten auch sie sich in der Richtung, das Bürgertum einzuschüchtern und den Umsturz durch Untergrabung der Staatsautorität vorzubereiten.

Infolge des weiteren Zunehmens der Diebstähle, wilden Streiks, der Gewalttätigkeiten und des Terrors gegen Arbeitswillige in weiten Teilen der Provinz Sachsen sah sich

der

L482132

der Oberpräsident Hörsing in Magdeburg am 15. März 1921 veranlaßt, in aller Öffentlichkeit auf diese unerträglichen Zustände hinzuweisen und Maßnahmen zu treffen, um durch starke Polizeiaufgebote die öffentliche Sicherheit und Ordnung in den gefährdeten Gebieten wieder herzustellen. Diese lediglich gegen das Verbrechenertum gerichteten Maßnahmen benutzte die „Rote Fahne“ zu einer ganz maßlosen Hetze gegen Hörsing und die Regierung. Unter der Überschrift „Klare Antwort“ veröffentlichte sie in der Nr. 129 vom 18. März 1921 einen Aufruf, in dem sie unter Bezugnahme auf die vom Oberpräsidenten Hörsing getroffenen, nur gegen das Verbrechenertum gerichteten polizeilichen Anordnungen schrieb: „Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet“ und weiter: „Das Proletariat müsse auf das Gesetz pfeifen“. Als daraufhin die Beschlagnahme der „Roten Fahne“ durch den Staatsanwalt erfolgte, wiederholte sie in ihrer Morgenausgabe vom 19. März 1921 dieselben aufreizenden Aufforderungen und suchte auch sonst unter Verdrehung des Tatbestandes die Arbeiterschaft zum gewaltsamen Aufstand anzureizen. In der gleichen Richtung bewegte sich ein Artikel vom 20. März 1921 „Die Gegenrevolution schlägt los!“, welcher mit den Worten schloß „Die Waffen in die Hand der Arbeiter!“. Noch ehe seitens der Polizeitruppen ein Schuß in der Provinz Sachsen gefallen war, sprach die „Rote Fahne“ in diesem Artikel von den „Mordbanden Hörsings, von ihrer Provokation der Arbeiterschaft, vom weißen Terror, von Blutbädern, die in Mitteldeutschland stattfinden sollten, usw.“

Auf den gleichen Ton wie die „Rote Fahne“ war das Hamburger Organ der V.K.P.D., die „Hamburger Volkszeitung“, gestimmt. Zu gleicher Zeit, in welcher die kommunistische Presse in rücksichtslosester Weise zum bewaffneten Aufstand gegen die Staatsgewalt aufforderte.

suchten

L482133

suchten auch kommunistische Führer und ausländische bolschewistische Elemente in der Provinz Sachsen, in Hamburg, in Ostpreußen und anderen Landesteilen, insbesondere im Ruhrgebiet, ihre Anhängerschaft zum bewaffneten Aufstand aufzurufen. Auch anonyme Flugblätter, deren Inhalt sich in gleicher Richtung bewegte, wurden in größerem Umfange in verschiedenen Gebieten verteilt.

Der Erfolg ließ nicht auf sich warten. Im Mansfeldschen wie in Hamburg und ebenso im Freistaat Sachsen brachen in der Zeit vom 21. - 23. März 1921 schwere Unruhen aus. Während sich im Freistaat Sachsen die Gewalttaten auf vereinzelte Dynamitattentate auf öffentliche Gebäude beschränkten, bewaffneten sich in Hamburg und in der Provinz Sachsen die kommunistischen Elemente und suchten die Polizeiorgane zu entwaffnen. Es zeigte sich hier, daß trotz der Entwaffnungsaktion des Reichskommissars für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung noch erhebliche Mengen an Militärwaffen und Munition von den linksradikalen Elementen versteckt gehalten worden waren. Während man auf der einen Seite zum bewaffneten Widerstand gegen die Staatsgewalt schritt, wurden in den Betrieben die gesetzmäßigen Betriebsräte abgesetzt und an ihre Stelle sogenannte Aktionsausschüsse gewählt. - Dabei ist zu bemerken, daß nach der kommunistischen Lehre die Einsetzung von Aktionsausschüssen erst erfolgen soll, wenn eine gewaltsame Aktion großen Stils entweder bereits im Gange ist oder doch unmittelbar bevorsteht. Durch diese späte Einsetzung der Aktionsausschüsse soll verhindert werden, daß die Namen der bei der Aktion führenden Genossen frühzeitig den Behörden bekannt werden. -

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Einschreiten des Oberpräsidenten in Magdeburg gegen die Bandendiebstähle, die Gewalttätigkeiten und den Terror in der Provinz Sachsen nur den äußeren Anlaß gegeben hat, um den gewaltsamen Sturz der Verfassung, den man in Moskau dringend

wünschte

L482134

wünschte, herbeizuführen und die Räterepublik zu errichten. Dieser Auffassung wird sich niemand verschließen können, der das Programm der V.K.P.D. kennt und das Verhalten ihrer Presseorgane in den letzten Tagen vor Ausbruch der Unruhen verfolgt hat. Daß es sich nicht um örtliche Unruhen handelt, sondern daß dem Vorgehen der Kommunisten ein einheitlicher Plan zu Grunde liegt, geht auch daraus hervor, daß der Ausbruch der Unruhen in verschiedenen, räumlich weit voneinander getrennten Gegenden des Reichs gleichzeitig erfolgte.

Nicht nur in der bürgerlichen Presse, sondern auch in den Zeitungen der Mehrheitssozialisten und sogar der Unabhängigen wird einheitlich der Standpunkt vertreten, daß es sich um eine einheitliche Aktion für das gesamte Reich gehandelt hat, die auf Betreiben der Moskauer Gewalthaber in Szene gesetzt worden ist. So sagt der „Vorwärts“ in einem Artikel vom 20. März 1921 mit Bezug auf das Vorgehen der V.K.P.D.: „Man braucht in der V.K.P.D. Konflikte, Zusammenstöße, Blutvergießen, um die völlig stagnierende Bewegung irgend wie wieder in Fluß zu bringen.“ und er fährt später fort: „Es gilt jetzt bei der V.K.P.D. die Losung: „Moskau braucht Leichen, damit wir neuen Agitationsstoff haben“ und in einem Artikel vom 22. März 1921 : „Die V.K.P.D. hat den Befehl des Exekutiv-Komitees, in den nächsten Tagen oder Wochen blutige Zusammenstöße herbeizuführen. Da den gewissenlosen Schergen Moskaus niemand den Vorwand liefert, so suchen sie einen Akt der Regierung durch tägliche Gesetzesverhöhnung, wie die fortgesetzten Aufrufe zur Bewaffnung, zu erzwingen.“

Ähnlich äußert sich das Organ der Unabhängigen, „Die Freiheit“. Sie schreibt unter dem 22. März 1921: „In der „Roten Fahne“ wird die unverantwortliche Provokationstaktik fortgesetzt. In frevelhaftem Leichtsinne suchen die anonymen Drahtzieher die Arbeiter zu bewaffneten Aktionen zu verleiten und in ein unabsehbares Abenteuer zu verwickeln.“

Als

L482135

Als Anlagen werden folgende Schriftstücke abschriftlich beigelegt:

1. Auszug aus den Leitsätzen und Statuten der kommunistischen Internationale.

2. Auszug aus dem Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

3. Artikel der „Roten Fahne“ in der Abendausgabe vom 10. März 1921 „Die proletarische Einheitsfront“.

4. Artikel „Eine unerhörte Provokation der Mitteldeutschen Arbeiterschaft“ in der Morgenausgabe der „Roten Fahne“ vom 17. März 1921.

5. Artikel „Klare Antwort!“ in der Morgenausgabe der „Roten Fahne“ vom 18. März 1921.

6. Artikel „Die Gegenrevolution schlägt los“ in der Morgenausgabe der „Roten Fahne“ vom 20. März 1921.

7. Artikel „Lockspitzel-Fahne“ im „Vorwärts“ vom 20. März 1921.

8. Artikel „Provokation auch in Hamburg“ in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 22. März 1921.

Prenger

L482136

Es
Stel
in 8

an Herrn Hofmann

Nr. 75

vom 11. Januar 1921

*W.C.
20/21/4*

Schande über Schande.

Am Regensburger Dom ist die „Justitia“ als Hurenmensch in Stein gemeißelt. Die Justiz der Ebertrepublik ist dazu bestimmt, die Ahnung des Künstlers zu erfüllen.

Sie haben gute Arbeit geleistet, die schwarzgewandeten und bebrillten Henkersknechte.

Sie haben Levins erschießen lassen.

Sie haben mit Kommunisten die Zuchthäuser gefüllt zum Brechen.

Sie haben die Tausende in die Gefängnisse gesandt.

Sie schleichen mit feingestrickten Netzen durch das Land, worin sie alles fangen, was kommunistisch ist.

Sie haben gute Augen für kommunistische „Verbrecher“ und einen unbegreiflichen Sinn.

Sie können aber milde sein wie Väter und blind wie junge Raken, wenn ihr Geschäft ihren Kollegen gilt, den Henkersknechten in zweierlei Zuch.

Die Mörder von Liebknecht und Luxemburg haben sie freigesprochen.

Die Mörder von Jogisches und Dorenbach zu fangen nicht unternommen.

Den Leutnant Marloh, den Mörder der 29 Matrosen, haben sie freigesprochen.

Den Hauptmann Kessel haben sie laufen lassen ohne Spruch.

Die Marburger „studentischen Mörder“ haben sie freigesprochen.

Den Oberleutnant Vogel haben sie jetzt amnestiert.

Hat auf der Welt je Lumpenpack sein Lumpenhandwerk zynischer verrichtet?

Nein! Doch sie werden ihren Zynismus noch übertrumpfen.

Die Pflanzl-Hartung-Komödie ist jetzt entlarvt.

Man wußte: eines Tages würde der vorgeschobene Runge, der Mörder, der die Waffe führte, die ihm andere in die Hand drückten, doch die Wahrheit gestellen.

Man wußte, daß der Tag kommen würde, dann, wenn die Versprechungen, die ihm gemacht, nicht erfüllt werden würden.

Der Augenblick ist gekommen. Oder vielmehr: war schon vor einem Jahr gekommen. Runge hat gestanden. Und noch mehr. Sein Geständnis ist wahr; Punkt für Punkt nachweislich wahr. Es ist alles wahr, was wir in zwei Jahren geschrieben.

Es ist wahr, daß die Panne im Tiergarten Komödie und daß die Ermordung Karl Liebknechts planmäßig verabredete Sache war.

Es ist wahr, daß die Pflanzl-Hartung, Nigen, Lipmann, Vogel usw. überlegte Mörder sind.

Es ist wahr, daß der Hauptmann Pabst, der Freund von Roske, die Mörder angestiftet hat.

Es ist wahr, daß der Kriegsgerichtsrat Jörns eine mit den Mördern planmäßig beredete Komödie aufgeführt, mit dem Ziel, im Wege der Justizkomödie die Mörder in Sicherheit zu bringen.

Es ist alles wahr:

Es ist wahr, daß man in Deutschland Arbeiterführer und Arbeiter morden kann, wie es den Herrschaften gefällt und kein Hahn kräht danach.

Es ist wahr, daß in Deutschland Justizmörder den Arbeitermördern helfen dürfen — und keine Hand rührt sich dagegen.

Die Kommunisten aber bleiben in den Gefängnissen. Für sie gibt es keine Amnestie. Sie sitzen noch zu Hunderten und Tausenden im „freien Land der Welt“, dem freiesten Land für die Arbeitermörder!

Was ist die Ebertrepublik, die so vieles duldet? Ein Staatswesen? Eine Republik?

Ein stinkender Misthaufen ist sie, die bürgerliche, die Ebertrepublik.

L482138

Jan. 18

In Rosa Luxemburg
Nr. 167
vom 15. April 1921

John
Lorenz

Erklärung

Paul Levi erhebt in einer Broschüre; „Unser Weg“ die Anklage des bakuninistischen Putschismus gegen die Parteizentrale und die III. Internationale. Alle Argumente, die Levi erhoben, haben wir seit Wochen in der „Freiheit“ gelesen. Paul Levi, der ehemalige Vorsitzende der V.K.P.D., wirkt nur insofern als Sensation, als er in dieser seiner persönlichen Eigenschaft ein gesundes Freessen für die gegenrevolutionäre Presse und die Staatsanwälte der Ausnahmegerichte darstellt. Seine „Beweisstücke“ sind alle den Kriegsberichten Hörsings, des W.T.V., oder, soweit es sich um sogenannte Parteiinterna handelt, auf Zuträgereien engerer Gefinnungsfreunde gestützt, die unter größlichem Vertrauensbruch Paul Levi falsch informiert haben und die Levi benützt, um jetzt die Öffentlichkeit falsch zu informieren. Ein Teil des „Materials“ stammt direkt von solchen Parteimitgliedern, die von der Zentrale vor oder während der Aktion wegen ihrer putschistischen Tätigkeit ihres Postens enthoben wurden oder wegen schweren Disziplinbruchs zur Verantwortung gezogen werden sollten. Diese Elemente versuchen jetzt, ihre unheilvolle, tatsächlich putschistische oder sabotierende Tätigkeit während der Aktion durch Angriffe auf die Zentrale zu vertuschen. Wenn die Zentrale gegen diese Verfohlungen bisher noch nicht energischer vorgegangen ist, so deshalb, weil sie die, vom weißen Terror Verfolgten nicht der Blutschuldig andliefere will. Paul Levi nimmt die Zuträgereien dieser Leute für bare Münze und klagt die Partei darüber an. Weiter benützt er aus einem Stenogramm über die vorletzte Zentral-Ausführungssitzung Sitate, die falsch und irreführend sind. Levi wurden diese stenographischen Aufnahmen hinterbracht, ehe sie von der Zentrale auf ihre Richtigkeit hin kontrolliert werden konnten. Levi hielt es nicht für nötig, sein „Beweismaterial“ erst auf die Richtigkeit hin nachzuprüfen, sondern benützt sie ungeprüft, um in der Öffentlichkeit die schwersten Anklagen gegen die Parteileitung zu erheben. Wir werden in kürzester Frist eine gründliche Widerlegung dieser trivialen Behauptungen der Broschüre bringen. Wir sind überzeugt, die Arbeiter der V.K.P.D., sowie alle übrigen denkenden Proletarier werden daraus ersehen, daß weder die März-Aktion, noch die hinterhältige Solidarifizierung Levits mit den Feinden eine Katastrophe der V.K.P.D. ist, sondern bloß die Katastrophe Paul Levits darstellt.

Die V.K.P.D. und die kämpfenden revolutionären Arbeiter, die damals noch der U.S.P. angehörten, erlitten in den Jannartagen 1919 eine vernichtende Niederlage. Die Arbeiter Berlins kämpften damals allein; das übrige Reich ließ sie im Stich. Die Kampflosungen der Jannaraktion gingen damals tatsächlich zu weit. Die Genossen Luxemburg und Karl Liebknecht klagten jedoch nicht die Kämpfenden während oder nach der Aktion des „verbrecherischen Wahnsinn“ und „bakuninistischen Putschismus“ an, sondern sie riefen das gesamte Proletariat Deutschlands zur Unterstützung auf. Die Zentrale der V.K.P.D. tat aus Anlaß der Hörsing-Provokation in Mitteldeutschland im März 1921 daselbe. Dem Ruf Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts folgten im Januar 1919 die Arbeiter im Reich nicht. Dem Ruf der Zentrale der V.K.P.D. im März 1921 folgten Hunderttausende, und traten in eine Unterstützungsaktion. Die Aktion war dennoch nicht kräftig genug, das gesteckte Ziel: Die Besetzung der Betriebe in Mitteldeutschland durch Staatspolizei zu verhindern, deshalb besänftigt uns Paul Levi als bakuninistische Putschisten. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kämpften mit, und fielen. Paul Levi wollte entfernt von Madrid und kommt hinterher, um sich mit Hilferding zu solidarifizieren. Paul Levi beruft sich dabei auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegen uns und fordert die Entfernung der „Schandbuben“. Wir haben das feste Vertrauen zu den Mitgliedern der V.K.P.D., die sich in und nach der Aktion so tapfer und im Sinne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs geschlagen haben, daß sie sehr rasch heraus finden werden, wo die „Schandbuben“ sitzen, die es zu entfernen gilt.

Das Echo und die Zustimmung, die Paul Levi in der gesamten Presse von Ruhr bis Silberling heute schon gefunden hat, wird ihnen die Entscheidung erleichtern.

Berlin, den 14. April 1921.

Die Zentrale der V.K.P.D.
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

L482139

Paul 8